

Von der IGTL angeschriebene MdB, MdL und MdEP:

<kathrin.vogler@bundestag.de>, <hubertus.zobel@bundestag.de>, "ingrid.ardt-bauer@bundestag.de"<jens.spahn@bundestag.de>, "karl.schiewerling@bundestag.de" "dieter.jasper@bundestag.de" "claudia.boegel@bundestag.de" "europabuero@markus-pieper.eu"; "christina.schulze-foecking@landtag.nrw.de"; "karl-josef.laumann@landtag.nrw.de" "frank.sundermann@landtag.nrw.de" <stephan.giebel@spd.de>

Geantwortet haben:

1. MdB Kathrin Vogler, Linke, Wahlkreis Emsdetten
2. MdB Arndt-Brauer Ingrid, SPD Bundestagsfraktion
3. MdB Hubertus Zobel, Linke Bundestagsfraktion
4. Dr. Marc Schramm, SPD BM Kandidat Ibbenbüren
5. Ernst Goldbeck, BM Kandidat Linke Ibbenbüren
6. Arne Strietelmeyer, parteiloser BM Kandidat Lienen
7. Klaus Effing, CDU-Landrats-Kandidat
8. Christian Moll, CDU-Bürgermeister-Kandidat Ibbenbüren
9. Dieter Teepe, parteiloser Bürgermeisterkandidat Lengerich
10. Ralph Meier, parteiloser Bürgermeisterkandidat Lienen
11. Willi Peters, CDU-Bürgermeisterkandidat Hörstel
12. Gabriele Stockhoff, parteiunabhängige Bürgermeisterkandidatin Lienen
13. MdL Christina Schulze Föcking, CDU, auch für : Jens Spahn MdB, Anja Karliczek MdB, Dr. Markus Pieper und Wilfried Grunendahl MdL
14. Björn Schilling, SPD-Bürgermeisterkandidat Lengerich
15. Manfred Kleine Niese, CDU-Bürgermeisterkandidat Lengerich

IGTL-Anschreiben: am 10:41 - 13.August 2015:

Sehr geehrte Abgeordnete!

Zuerst möchten wir uns entschuldigen, dass wir Sie alle gleichzeitig anschreiben und wir damit vielleicht nicht ganz korrekt sein sollten. Aber gleichzeitig wissen Sie dann auch, wen wir angeschrieben haben.

Wir haben zwei Anliegen:

Einerseits möchten wir von Ihnen gerne wissen, wie Sie zum Fracking und Gasbohren selber stehen. Wir selbst haben schwere Bedenken gegen unkonventionelle Gasförderung und auch gegen Probebohrungen auf Basis der erteilten und im Juni 2015 erneut verlängerten Aufsuchungsgenehmigungen zu Gunsten der Exxon mobil in den Feldern Ibbenbüren und NRW-Nord vor allem aus Gründen des nachhaltigen Trinkwasserschutzes.

Aus unserer Sicht muss die öffentliche und parlamentarische Beteiligung bei Fracking- und Gasbohrungsprojekten in jedem Fall verbessert und an die Standards des Umwelt- und Immissions- und auch des Bergbaurechts angepasst werden, wo Umweltsverträglichkeitsprüfungen und mehrwöchige öffentliche Beteiligung üblich sind. Hier haben wir aber erst in diesem Jahr aus der Presse von den schon 2008 erstmals erteilten Aufsuchungsgenehmigungen erfahren und die betroffenen Kommunen haben kein Mitspracherecht!

Wir stehen hinter der von allen Parteien getragenen Energiewende. Dazu muss die jetzt produzierte Energie intelligenter genutzt werden (Minister Gabriel hat unsere Gedanken gelesen: intelligentere Stromzähler - muss nicht so kompliziert sein, es "reicht" vielleicht

schon rot-gelb-grün-Anzeige für preiswerteren Stromverbrauch; Schnellladestationen für Autos an Wind- oder Solarparks bei Stromüberproduktion; Förderung der Forschung und evtl. Subventionierung in Hinsicht auf Power-to-gas =Hydrolyse).

Und somit unserer zweites Anliegen: Inwieweit könnten Sie uns in unseren Aktivitäten evtl. unterstützen, uns evtl. sogar zu einem Gespräch bereitstehen oder uns Ihre Meinung zu diesem Thema kurz mitteilen.

Mit freundlichen Grüßen,

Die Sprecher der IGTL, Maria Frank, Heinrich Bartelt, Ernst Goldbeck, Heiner Imping, Dr. Eckart John,

i.A. Dr. Eckart John

Und hier die 11 Antworten (die aus IGTL-Sicht wichtigsten Punkte sind grün hervorgehoben):

1. **MdB Vogler Kathrin, Bundestagesfraktion Die Linke, Wahlkreisbüro Emsdetten** <kathrin.vogler.wk@bundestag.de> schrieb am 10:55 Freitag, 14.August 2015:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die **große Koalition** steht mit ihrem geplanten **Frackingermöglichungsgesetz** einmal mehr gegen die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung! **Von den angekündigten „strengsten Regeln**, die es in diesem Bereich jemals gab" ist auch mit viel Fantasie **in den vorliegenden Gesetzesentwürfen der Bundesregierung nichts zu finden**. Im Gegenteil sind die Änderungen bspw. des Wasserhaushaltsgesetzes und der Verordnung zur Umweltverträglichkeitsprüfung in Wirklichkeit kaum mehr als ein Feigenblatt, um in Deutschland eine extrem risikoreiche und teure Form der Gasförderung durchzusetzen. **Inbesondere im Münsterland ist mit einer Anwendung der Fördertechnologie nach den derzeitigen Plänen zu rechnen**.

Wir, die Fraktion **DIE LINKE im Deutschen Bundestag**, **fordern deshalb in mit unserem aktuellem Antrag ein „Verbot von Fracking in Deutschland“**. Online abrufbar unter: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/18/037/1803791.pdf>

Damit stehen wir an der Seite der vielen Bürgerinitiativen in ganz Deutschland, die die Gefahren und die bereits ereigneten „Zwischenfälle“, die mit dem Einsatz von Fracking einhergehen, in die öffentliche Diskussion eingebracht haben. So stehen schon jetzt viele Menschen der Technologie ablehnend gegenüber. Das konnte weder die Werbeoffensive der Erdgasförderfirmen, noch die **taktischen Manöver der SPD-Minister bei der Erstellung des Fracking-Gesetzes** ändern.

Da gilt es anzuknüpfen und den gesellschaftlichen Druck auf die Regierungskoalitionen zu erhöhen.

Meine öffentlichen Stellungnahmen, Pressemitteilung und parlamentarischen Aktivitäten gegen den Einsatz der Fracking-Technologie finden Sie auf meiner Homepage unter <http://www.kathrin-vogler.de/themen/kategorie/energieanit-atom/>.

Gerne stehe ich Ihnen für ein Gespräch zur Verfügung und bin selbstverständlich bereit ihre Aktivitäten zu unterstützen.

Mit freundlichen Grüßen

Kathrin Vogler, MdB, Bundestagsabgeordnete der LINKEN für das Münsterland

Wahlkreisbüro Emsd., Karlstr. 17, 48282 Emsdetten, Tel.: 02572 - 960 77 60, Fax: 960 67 65

Sprechzeiten: Montag: geschl., Dienstag: 9:30 - 12:30 Uhr, Mittwoch: 9:30 - 12:30 Uhr
Donnerstag: 9:30 - 12:30 Uhr, Freitag: 9:30 - 15:00 Uhr, www.kathrin-vogler.de

Möchten Sie regelmäßig über meine Arbeit informiert werden? Dann bestellen Sie meinen Newsletter: www.kathrin-vogler.de; Sie finden mich auch bei Facebook: www.facebook.com/kathrin.vogler

2. MdB Arndt-Brauer Ingrid, SPD Bundestagsfraktion,
ingrid.arndt-brauer@bundestag.de> am 11:21 Freitag, 14.August 2015:

Sehr geehrter Herr Dr. John,

vielen Dank für Ihre Anfrage. Ich arbeite daran, Fracking in unserer Region zu verhindern - ein generelles Verbot wäre auch ein Verbot der Nutzung von Erdwärme, daher brauchen wir eine Verhinderung des Frackings durch Umweltauflagen. Bisher gibt es noch inhaltliche Probleme mit dem Koalitionspartner, deshalb konnte ein entsprechendes Gesetz nicht vor der Sommerpause verabschiedet werden.

Maßgebliche Grundlage für die Verhandlungen mit der CDU/CSU stellt auch für mich der Beschluss der SPD-NRW-Landesgruppe dar, den ich Ihnen beifüge.

In der parlamentarischen Sommerpause finden im Hintergrund weitere Gespräche des zuständigen Berichterstatters der SPD-Bundestagsfraktion Frank Schwabe mit den fachlich zuständigen Kollegen des Koalitionspartners statt - Ergebnisse liegen noch nicht vor.

Ich stehe Ihnen gerne für ein persönliches Gespräch zur Verfügung, würde aber vorschlagen erst dann einen Termin zu vereinbaren, wenn eine gemeinsame Linie mit der Koalition gefunden werden konnte. Wir kommen dann wieder auf Sie zu.

Mit freundlichen Grüßen, gez. Ingrid Arndt-Brauer, MdB, Platz der Republik, 11011 Berlin
Tel.: 030 - 22 77 56 19
Fax: 030 - 22 77 66 19
ingrid.arndt-brauer@bundestag.de

Beschluss der NRW-Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion vom 23. März 2015

**Fracking ist heute nicht verantwortbar –
Expertenkommission kein Ersatz für Bundestag**

Der Einsatz der Fracking-Technologie in der Erdgasförderung ist mit heute unabsehbaren Risiken verbunden. Deshalb halten wir den heutigen Einsatz nicht für verantwortbar.

Das Eckpunktepapier der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit Barbara Hendricks und des Bundesministers für Wirtschaft und Energie Sigmar Gabriel aus dem vergangenen Sommer entspricht dem Koalitionsvertrag, in dem die SPD ihre skeptische Haltung zur heutigen Anwendung der Fracking-Technologie durchgesetzt hat. **Der Schutz des Trinkwassers und der Schutz der Gesundheit haben absolute Priorität. Ob Fracking in einiger Zeit eine Option sein kann, können wir zurzeit nicht abschließend beantworten. Fracking zur Förderung von Schiefer- und Kohleflözgas darf es zu wirtschaftlichen Zwecken auf absehbare Zeit in Deutschland nicht geben. Ein solches Fracking-Verbot soll, wie im Eckpunktepapier skizziert, mindestens bis zum Jahr 2021 gelten. Dann soll der Deutsche Bundestag die Angemessenheit der gesetzlichen Verbotsregelung auf Grundlage des bis dahin erlangten Standes von Wissenschaft und Technik und einer öffentlichen Debatte überprüfen können. Die Entscheidung über die Anwendung von Fracking muss der Deutsche Bundestag als demokratisch legitimiertes Organ treffen. Wie auch immer geartete Ersatzentscheidungen durch eine Expertenkommission sind mit einer enormen Rechtsunsicherheit versehen, können eine klare Moratoriumsregelung unterlaufen und unterminieren die Entscheidungskompetenz des Bundesgesetzgebers. Die Regelung im Eckpunktepapier war eindeutig und muss Grundlage einer gesetzlichen Regelung sein. Die seit Jahrzehnten in Deutschland angewandte konventionelle Erdgasförderung soll mit deutlich strengeren Umweltauflagen modernisiert werden.**

3. MdB Hubertus Zdebel, Linke Bundestagsfraktion,

Zdebel Hubertus <hubertus.zdebel@bundestag.de> schrieb am 11:27 Freitag, 14. August 2015:

Sehr geehrte Damen und Herren,

nachfolgend schicken wir Ihnen die Stellungnahme des Bundestagsabgeordneten Hubertus Zdebel zur Antwort der Bundesregierung auf seine schriftliche Frage, ob sie plane, künftig Fracking-Forschung zu subventionieren.

Die Pressemitteilung von Herrn Zdebel sowie die Antwort der Regierung sind auch im Anhang dieser Email.

Mit der Bitte um Berücksichtigung in Ihrer Berichterstattung und

freundlichen Grüßen

Irmgard Wurdack, Büroleitung, **MdB Hubertus Zdebel**, Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Obmann im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Sprecher für den Atomausstieg

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: 030/ 227-74332

Fax: 030/ 227-76332

hubertus.zdebel@bundestag.de

www.hubertus-zdebel.de

Keine Forschungsgelder für die Fracking-Lobby – Für ein Fracking-Verbot ohne Ausnahmen

„Das ist eine indirekte Subventionierung der Energiekonzerne“, so kommentierte Hubertus Zdebel, Obmann im Umweltausschuss der Fraktion DIE LINKE, die **Antwort der Bundesregierung** auf seine schriftliche Frage, dass sie **jährlich 4 bis 5 Millionen Euro Forschungsgelder für Fracking zur Verfügung wolle**, sollte das Fracking-Erlaubnisgesetz der Minister Hendricks und Gabriel (beide SPD) verabschiedet werden.

Zdebel weiter: „Hier versorgen SPD und Union wieder einmal die Wirtschaft auf Kosten der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mit Extraprofiten in Millionenhöhe. **Dieses Geld fehlt für die Forschung und den Ausbau der Erneuerbaren Energien.**“

Auf den weiteren Ausbau der fossilen Brennstoffe zu setzen, ist der falsche Weg! Zumal ein öffentliches wirtschaftliches und energiepolitisches Interesse an der Gewinnung von unkonventionellen Gasvorkommen in Deutschland nicht zu erkennen ist. Zudem ist aus Fracking-Regionen in den USA und anderswo längst bekannt, dass Mensch und Umwelt durch Fracking einem ungeheuren Risiko ausgesetzt werden.

DIE LINKE fordert deshalb ein Fracking-Verbot ohne Ausnahmen und hat dazu einen Antrag in den Bundestag eingebracht.“

4. Dr. Marc Schrameyer, SPD – Bürgermeisterkandidat Ibbenbüren

Marc Schrameyer schrieb am 12:40 Donnerstag, 13.August 2015:

Hallo Herr Dr. John,

es hat mich sehr gefreut, zu lesen, dass Sie sich in dieser Angelegenheit in die öffentliche Diskussion einbringen. Gerne nehme ich zur Ihrer Frage Stellung:

Zum Thema Fracking gibt es für mich nur eine klare Antwort: Nein!

Der Einsatz der Fracking-Technologie in der Erdgasförderung ist mit heute unabsehbaren Risiken verbunden. Deshalb halte ich den Einsatz für nicht verantwortbar. Diese habe ich auch sehr deutlich bereits öffentlich etwa im Rahmen des Informationsabends von Exxon im Ibbenbürener Rathaus bekundet.

Der Schutz unseres Trinkwasser, der Umwelt und unserer Gesundheit muss absoluten Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen einzelner Konzerne haben. Dass durch das Fracking gewonnene Gas wird zudem nicht gebraucht und würde den eingeschlagenen Weg des notwendigen Umbaus der Energieversorgung unter weiterem Ausbau der erneuerbaren Energien konterkarieren. Wir brauchen keine neuen fossilen Energiequellen – die Zukunft gehört den Erneuerbaren. Deshalb setze ich mich gemeinsam etwa auch mit den SPD-Bundestagsabgeordneten des Münsterlandes für ein Fracking-Verbot ein.

Das derzeit im Bundestag zur Beratung und Beschlussfassung vorliegende Gesetzespaket (Drs. 18/4713, 18/4714) geht mir insoweit nicht weit genug. Zwar wird mit dem Gesetzespaket das unkonventionelle kommerzielle Fracking zunächst verboten; es werden aber Probebohrungen zur „wissenschaftlichen Erkundung der Technologie“ unter engen

Voraussetzungen ermöglicht. Ich sehe keine Notwendigkeit für Probebohrungen, bieten diese doch das Einfallstor für eine spätere kommerzielle Nutzung.

Die Abstimmung im Bundestag über das Gesetzespaket am Freitag, den 3. Juli, wurde abgesagt. Dieses begrüße ich ausdrücklich, da es die Möglichkeit gibt, weiterhin auf die Abgeordneten Einfluss zu nehmen, sich für ein generelles Frackingverbot einzusetzen.

Für weitere Fragen stehe ich jederzeit gerne zur Verfügung. Ich werde auch, soweit die nächsten Termine der IG etwas günstiger liegen als bislang, zu den Treffen kommen.

Mit freundlichen Grüßen, Dr. Marc Schrameyer, EMBA/LL.M. (Rechtsanwalt)

Schrameyer Rechtsanwälte

Dr. iur. Marc Schrameyer, EMBA/LL.M.

5. Ernst Goldbeck, BM Kandidat Linke Ibbenbüren

Stellungnahme zum Fracking bzw. Gasbohren.

Ich lehne Fracking sowie Gasbohren grundsätzlich und in jeglicher Form ab.

Gründe:

1. Fracking und Gasbohren wird weitere Mengen fossiler Kohlenwasserstoffe für die Energieerzeugung in den Markt bringen. Beim Verbrennen dieser Energieträger entsteht das klimaschädliche Gas CO². Die Emission von CO² in die Atmosphäre ist zu verringern nicht zu steigern.
 2. Durch Fracking und Gasbohren geförderte zusätzliche Gasmengen tragen dazu bei, dass sich der Ausbau regenerativer Energien verzögert.
 3. Durch Fracking droht eine Verseuchung der Böden und des Grundwassers durch giftige Fackfluide.
 4. Durch Fracking und Gasbohren können unkontrollierbare geologische Ereignisse (Erbeben) ausgelöst werden.
- Durch Fracking und Gasbohren gewonnene Gasmengen sind für eine sichere nationale Energieversorgung nicht notwendig.

Ernst Goldbeck

Bürgermeisterkandidat Ibbenbüren

DIE LINKE

6. Arne Strietelmeyer, parteiloser BM Kandidat Lienen

"Strietelmeier, Arne" schrieb am 10:58 Dienstag, 25.August 2015:

Sehr geehrter Herr John,

ich danke Ihnen für Ihre Anfrage und freue mich über Ihren Einsatz zum Erhalt unserer Natur. Ich bin derzeit beruflich und im Wahlkampf sehr stark eingebunden, sodass ich Ihnen meine Stellungnahme erst zum Ende dieser / Anfang nächster Woche zukommen lassen kann. Falls diese Frist für Sie ok ist, würde ich mich über eine kurze Rückmeldung freuen.

7. Klaus Effing, CDU-Landrats-Kandidat

schrrieb am 9:03 Sonntag, 16.August 2015:

Sehr geehrte Mitglieder der Interessengemeinschaft,

ich spreche mich deutlich gegen Fracking aus. Das habe ich bereits mehrfach öffentlich kund getan. Am 14.08.2015 fand der Kreisparteitag der CDU statt. In meiner Rede habe ich bei meinen Ausführungen zum "Natur-Kreis Steinfurt" ausgeführt: "Risikotechniken wie das Fracking lehne ich ab, da die Folgen nicht abschätzbar sind." Dieser Satz wird so auch in meinem Flyer stehen, der in der kommenden Woche gedruckt und in der übernächsten Woche an alle 180.000 Haushalte im Kreis Steinfurt verschickt wird.

Zu Ihrem zweiten Anliegen: Der Kreis Steinfurt hat das Ziel, bis zum Jahr 2050 klimaautark zu werden. Dieses Ziel werden wir - wenn ich Landrat werde - energisch weiter verfolgen. Im Kleinen habe ich bereits dafür gesorgt, dass die Kreisverwaltung in die Elektromobilität einsteigt (eigenes Fahrzeug, öffentliche Stromtankstelle; als Haupt- und Personalamtsleiter fällt das in meine Zuständigkeit).

Wir können gern ein Gespräch vereinbaren, um über dieses wichtige Zukunftsthema zu sprechen. Terminabsprachen nehmen Sie bitte über die CDU-Kreisgeschäftsstelle (Frau Wahlers) vor, da dort meine Termine koordiniert werden. Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen

Klaus Effing

5. Christian Moll, CDU-Bürgermeister-Kandidat Ibbenbüren

schrieb am 12:32 Mittwoch, 19.August 2015:

Sehr geehrter Herr Dr. John

Die Antwort auf Ihre Frage ist kurz:

Diese unsichere Methode brauchen wir nicht.

Mein zukünftiges Handeln wird von diesem Oberziel geprägt sein.

In den letzten Jahren konnte ich nichts Gutes zum Thema "Fracking" lesen und hören. Daher hat mich bisher niemand davon überzeugen können für diese Methode einzutreten.

Sollten Sie weitergehende Fragen haben hier meine Kontaktdaten.

Mit freundlichem Gruß

Christian Moll

6. Dieter Teepe, parteiloser Bürgermeisterkandidat, Lengerich

schrieb am 9:18 Montag, 24.August 2015:

Sehr geehrte Frau John, sehr geehrter Herr John,

vielen Dank für ihre mail.

Gerne gebe ich zu ihrer Anfrage "Fracking im Tecklenburger Land" eine eindeutige Stellungnahme ab.

Ich lebe mit meiner Familie in der Lengericher Bauernschaft Aldrup in einem Wasserschutzgebiet. Als ehemaliger Nebenerwerbslandwirt habe ich eine Fläche in unmittelbarer Nähe der Brunnen des Wasserversorgungsverbandes Tecklenburger Land am Aldruper Damm extensiv bewirtschaftet und später in Absprache mit dem Wasserversorgungsverband als Grünland gepflegt.

Mir ist dadurch sehr bewußt, dass die Trinkwasserversorgung unserer Bevölkerung überwiegend auf Grundwasservorkommen basieren; dies gewährleistet eine sichere Versorgung mit unserem wichtigen Lebensmittel Trinkwasser.

Darum lautet meine Stellungnahme:

"Dem Grundwasserschutz ist deutlich Vorrang vor wirtschaftlichen Interessen zu gewähren".

Mit freundlichen Grüßen

Dieter Teepe

7. Ralph Meier, parteiloser Bürgermeisterkandidat Lienen

R.-R. Meier schrieb am 16:47 Freitag, 21.August 2015:

Hallo Herr John, hallo liebe Bürgerinitiative gegen Gasbohren im Tecklenburger Land,

gerne beantworte ich kurzfristig Ihre Anfrage zum Thema Fracking. Ich verfolge besagtes Thema bereits einige Zeit, nicht nur als Bürgermeisterkandidat, sondern auch als Leiter der Feuerwehr Lienen.

Eigentlich bin ich der Meinung, dass ein Bürgermeister als unparteiischer Moderator und Koordinator fungieren sollte. Also bei unterschiedlichen, verfestigten Meinungen sollte er alle im Prozess Beteiligten abholen um durch eine neutrale Gesprächsführung ein konstruktiver Ergebnis zu ermöglichen.

Im konkreten Fall beziehe ich aber vorab klar Stellung. Nach den mir bis dato vorliegenden Informationen zur technischen Umsetzung und den vorliegenden wissenschaftlichen Ergebnissen kann ich mir ein Fracking auf dem Gemeindegebiet in Lienen nicht vorstellen! Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Ralph Meier

-Bürgermeisterkandidat für die Gemeinde Lienen-

8. Willi Peters, CDU-Bürgermeisterkandidat Hörstel

Wilhelm Peters schrieb am 18:41 Samstag, 22.August 2015:

Guten Tag Herr John,

ich kann es kurz machen. Für mich gilt ein klares "Nein" zum Fracking, da Gefahren für Mensch, Umwelt und Trinkwasser können nicht ausgeschlossen werden.

Freundliche Grüße, Willi Peters

9. Gabriele Stockhoff, parteiunabhängige Bürgermeisterkandidatin Lienen

schrieb am 10:22 Samstag, 22.August 2015:

Sehr geehrter Herr John, sehr geehrte Damen und Herren,

Vielen Dank für die Anfrage. Das kann ich in einem Satz beantworten: Ich spreche mich ganz klar gegen Fracking aus !

Herzliche Grüße, Gabriele Stockhoff

Ihre Bürgermeisterkandidatin für Lienen und Kattenvenne

10. MdL Christina Schulze Föcking, CDU und weitere CDU-Abgeordnete

"Christina.Schulze-Foecking@landtag.nrw.de" <Christina.Schulze-Foecking@landtag.nrw.de> schrieb am 17:14 Dienstag, 25.August 2015:

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Dr. John,

haben Sie vielen Dank für Ihre Mail, in der Sie sich bei Abgeordneten des Münsterlandes nach Ihrer Position zu Fracking erkundigen.

In Absprache mit den CDU-Abgeordneten Jens Spahn MdB, Anja Karliczek MdB, Dr. Markus Pieper und Wilfried Grunendahl MdL darf ich Ihnen folgendes antworten.

Die CDU in Nordrhein-Westfalen, die Abgeordneten in Land und Bund beschäftigen sich seit Langem intensiv mit diesem Thema.

Der 36. Landesparteitag der NRW CDU hat am 26. April 2014 in Düsseldorf einen eindeutigen Beschluss gefasst. Er lautet:

„Fracking

Die CDU Nordrhein-Westfalen lehnt die Erdgasgewinnung aus unkonventionellen Lagerstätten durch Fracking nach dem jetzigen Stand der Technik ab. Die Ausbeutung dieser Lagerstätten kann erst dann zugelassen werden, wenn sie technisch ohne den Einsatz giftiger und wassergefährdender Stoffe möglich ist.

Fracking mit toxischen Stoffen in den Böden bzw. im Grundwasser kommt als Instrument der Rohstoffgewinnung nicht in Frage.

Deshalb begrüßt die CDU Nordrhein-Westfalen die Festlegung im Koalitionsvertrag der großen Koalition vom Dezember 2013 zum Fracking. Zitat: „Nach den vorliegenden Untersuchungen zur Umweltrelevanz ist der Einsatz der Fracking-Technologie bei der unkonventionellen Erdgasgewinnung – insbesondere bei der Schiefergasförderung – eine Technologie mit erheblichem Risikopotential. Die Auswirkungen auf Mensch, Natur und Umwelt sind wissenschaftlich noch nicht hinreichend geklärt. Trinkwasser und Gesundheit haben für uns absoluten Vorrang. Den Einsatz umwelttoxischer Substanzen bei der Anwendung der Fracking-Technologie zur Aufsuchung und Gewinnung unkonventioneller Erdgaslagerstätten lehnen wir ab.“

Die Landesregierung wird aufgefordert, Genehmigungen für den Einsatz von Fracking mit chemischen Mitteln bei der Erkundung und Gewinnung von unkonventionellem Erdgas zu versagen. Sie hat zudem sicherzustellen, dass im Rahmen der bereits erteilten Aufsuchungsgenehmigungen für unkonventionelles Erdgas Fracking nicht zum Einsatz kommt. Frühestens wenn es technische Verfahren geben sollte, bei denen eine Wasser- oder Bodengefährdung ausgeschlossen werden kann, kann über die unkonventionelle Erdgasgewinnung erneut debattiert werden. Diese inhaltliche Festlegung gilt unverändert fort.

Die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, ohne historisches Vorbild. Sie ist ebenso anspruchsvoll wie erforderlich und alternativlos. Gerade wir als Christliche Demokraten fühlen uns der Schöpfung und der Unversehrtheit der Natur für kommende Generationen besonders verbunden.

Wir begrüßen daher den breiten Dialog darüber und freuen uns, wenn aus der Mitte der Gesellschaft Impulse kommen.

Gerne sind die örtlichen zuständigen Abgeordneten für ein Gespräch mit Ihnen bereit.

Mit freundlichen Grüßen, Christina Schulze Föcking MdL

stv. Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion NRW



Platz des Landtags, 40221 Düsseldorf,

Tel.: (0211) 884 2513

Fax: (0211) 884 3451

www.schulze-foecking.de

11. Björn Schilling, SPD – Bürgermeisterkandidat Lengerich

Björn Schilling schrieb am 23:41 Mittwoch, 26.August 2015:

Sehr geehrte Frau John, sehr geehrter Herr John,

ich bin persönlich ein Gegner vom Fracking! Für mich ist diese Verfahren weder ausgereift, noch zukunftssicher beherrschbar. Aus diesem Grund haben wir bereits im Dezember letzten Jahres entsprechende Änderungen für den Regionalplan Münsterland beschlossen. Darin heißt es, als Stellungnahme der Stadt Lengerich:

Anregungen und Bedenken

Grundsätzlich unterstützt die Stadt Lengerich die beschriebenen Leitvorstellungen und die strategische Ausrichtung des STE. Hierzu zählen die Ausführungen zu Windenergie-, Solarenergieanlagen und insbesondere zu Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking).

Insbesondere begrüßt die Stadt Lengerich die Aussage des Ziels, dass die Gewinnung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten (Fracking) nicht mit den Zielen der Raumordnung vereinbar ist, da deren Risiken für lebensnotwendige Ressourcen wie Grund- und Trinkwasser nicht sicher abgeschätzt werden können und mögliche, nicht sicher auszuschließende Gefährdungen zu weitreichenden Konsequenzen für die Nutzungen und Funktionen des Raums führen können.

Siehe auch Vorlage Rat Stadt Lengerich: 139/2014

Der Beschluss dieser Vorlage im Rat war: Einstimmig / keine Enthaltung

Wir hatten bereits vorher in der Fraktion über dieses Thema diskutiert. Auch hier gab es keine andere Meinung. Wie auch bei der Kernkraft, lassen sich Folgeschäden oder Unfälle nicht ausschließen. Das bei einem so wichtigen Punkt, wie unserem Grundwasser, bzw. Trinkwasser muss zu einer Ablehnung führen.

Haben Sie weitere Fragen, zögern Sie nicht mich anzusprechen.

Mit freundlichen Grüßen aus Lengerich

Björn Schilling

Manfred Kleine Niese, CDU-Bürgermeisterkandidat Lengerich

Manfred Kleine Niese schrieb am 20:32 Mittwoch, 2.September 2015:

Sehr geehrte Fr. John, sehr geehrter Herr John,

hier meine persönliche Meinung: Ich bin gegen Fracking und vertrete dies auch öffentlich! Dennoch sollte dieses nicht das einzige Kriterium für eine Bürgermeisterwahl sein.

Mit freundlichem Gruß

Manfred Kleine Niese

Pressemitteilung zur IGTL – Versammlung am 8.9.2015

Auf seiner gestrigen Sitzung zog der Sprecherkreises der Interessengemeinschaft gegen Gasbohren im Tecklenburger Land (IGTL) eine durchaus positive

Zwischenbilanz seiner schriftlichen Befragung der regionalen politischen Vertreter. 12 angeschriebene Bundes- und Landtagspolitiker sowie Kandidaten für die anstehenden Wahlen zu den Landrats- und Bürgermeisterämtern haben sich gemeldet und sämtlich ihre eindeutige Ablehnung von Fracking-Projekten im Tecklenburger Land bekundet.

Neben einem eindeutigen und dauerhaften Fracking-Verbot in Deutschland haben sich die Bundestagsabgeordneten der Linken, Kathrin Vogler und Hubertus Zebel auch gegen eine zukünftige Fracking-Forschungsförderung ausgesprochen, die nach ihrer Vermutung von der Großen Regierungskoalition demnächst möglicherweise in der Größenordnung von jährlich 4 bis 5 Millionen Euro diskussionsfähig sein könnte, nachdem das in Berlin diskutierte Fracking-Bundesgesetz beschlossen worden sei.